

**Tägliche Omaha Tribune**  
TRIBUNE PUBLISHING CO.—VAL J. PETER, President.

Preis des Tageblatts: Durch den Träger, per Woche 10c; durch die Post, per Jahr \$5.00; einzelne Nummern 2c. — Preis des Wochenblatts: Bei strikter Vorausbezahlung, per Jahr \$1.50.

1307-1309 Howard Str. Telephone: TYLER 340. Omaha, Nebraska.  
Des Moines, Ia., Branch Office: 407-5th Ave.

Entered as second-class matter March 14, 1912, at the postoffice of Omaha, Nebraska, under the act of Congress, March 3, 1879.

Omaha, Neb., Donnerstag, den 11. Juli 1918.

The Tägliche Omaha Tribune is a strictly American newspaper, read by Americans of German blood. The Tribune recognizes the fact that no publication in this country has a right to exist if it does not devote its entire energy to the best interest of the United States of America, particularly the cause for which the United States entered this war. If any one should find anything in our columns which he believes is at variance with this principle, we would be grateful to have it called to our attention. The Tribune is nothing else than an all-American newspaper.

**Klar und deutlich**

(Aus dem „Milwaukee Herald“.)

Was versteht man unter Demokratie?  
Eine Regierungsform des Volkes durch das Volk für das Volk.  
Eine solche Regierungsform mag natürlich sehr verschieden beschaffen sein im inneren Aufbau.  
Eine reine Demokratie wäre eine Regierungsform, unter welcher jede einzelne Frage durch das Volk selbst entschieden würde — durch Urabstimmung (Referendum).  
Dies ist praktisch unmöglich. Daher hat man in den meisten Staaten mit demokratischer Regierungsform sich darauf beschränkt, nur die Grundgesetze (Verfassungen oder Konstitutionen) durch Urabstimmungen festzulegen oder Änderungen in diesen Grundgesetzen auf solche Weise vorzunehmen.  
In der demokratischen Republik der Vereinigten Staaten werden alle anderen Gesetze durch Repräsentanten des Volkes (den Kongress) verfaßt. Diese Repräsentanten werden durch Ausübung eines allgemeinen, gleichen und geheimen Stimmrechts direkt vom Volke gewählt.  
Durch sie entscheidet das Volk der Vereinigten Staaten auch über Krieg und Frieden.

Die ausführende Gewalt (Exekutiv-Gewalt) in den Vereinigten Staaten hat die Befugnis, die vom Volke oder den Repräsentanten des Volkes in den Grundgesetzen und Gesetzen festgelegten Bestimmungen auszuführen oder durchzuführen. Andere Machtbefugnisse stehen ihr nicht zu.  
Auch demokratische Regierungsformen können natürlich sehr verschiedener Art sein. Es ist möglich, daß ein Staatswesen mit einem erblichen Staatsoberhaupt demokratischer ist als eine Republik. Dies wäre dann der Fall, wenn in diesem Staatswesen das Volk direkt durch Urabstimmung alle Gesetze erliege und die Machtbefugnisse des erblichen Staatsoberhauptes ausschließlich auf die Durchführung dieser Gesetze beschränkt wären. Norwegen und England sind demokratische Staatswesen mit erblichen Oberhäuptern. Die im englischen Unterhause sitzenden Repräsentanten des Volkes regieren. Dort liegt auch die ausführende Gewalt (Exekutive) in den Händen der einer Mehrheit des Unterhauses (Parlaments) verantwortlichen Minister. Diese fallen, das heißt, sie sind weiterer ausübender Gewalt unfähig, sobald eine Parlamentsmehrheit gegen sie entscheidet. Der König ist ein Ueberbleibsel aus alter Zeit ohne irgendwelchen tatsächlichen Einfluß auf die Regierung.

Das Gegenteil einer Demokratie ist eine Autokratie. Eine autokratische Regierungsform ist eine solche, in der eine einzelne Person, eine Klasse oder eine Klasse Machtbefugnisse ausübt, die nicht vom Volke direkt verliehen sind, zum Beispiel über Krieg und Frieden entscheidet. Eine Autokratie braucht demnach keine erbliche Monarchie zu sein. So wurde zum Beispiel Mexiko unter Diaz absolut autokratisch regiert. Autokratisch regierte Länder haben von jeher eine Gefahr gebildet. Zunächst war meist den Völkern im Innern solcher Staatswesen nicht die volle bürgerliche Freiheit gewährt. Doch das hätte schließlich andere Völker nicht berührt, wenn sie nicht in stetiger Gefahr geschwebt hätten. In der Gefahr, daß die Autokraten oder Machthaber ihre Macht auszuweiten versuchten durch Kriege. Alle Völker sind friedlich gesinnt. Doch so heißt das alte Wort: es kann der beste nicht im Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt. Es ist nur menschlich, daß diejenigen, die große Macht ausüben, ihre Machtbefugnisse, ihre Herrschaft immer weiter auszuweiten versuchen.

Beinahe alle Kriege der Weltgeschichte sind die Folge von Verletzungen gewesen, die Machtbefugnisse von Herrschern oder von herrschenden Klassen zu erweitern.  
Doch solchen Versuchen für immer ein Ende bereitet werde, das heißt, daß die Welt sicher gestellt werde für demokratische Regierungsformen, dafür kämpfen wir heute.  
Das ist das, was Präsident Wilson von neuem betonte am 4. Juli.

**Arbeits-Lage in den Vereinigten Staaten**

Die wöchentlichen Erhebungen über die Arbeitslage seitens des „United States Employment Service“ haben klar und deutlich die Notwendigkeit der Erhöhung der Zahl gewöhnlicher Arbeiter für die Kriegsbedarfs-Produktion und der Ermittlung von mehr Maschinenisten und anderen Handwerfern für Kriegs-Industrie-Betriebe ergeben.

Siebengehntel der Städte, auf welche sich diese Erhebungen für die Woche vom 15. Juni bezogen, das heißt 74 von 108 Städten, berichten eine Knappheit an gewöhnlichen Arbeitern. Eingeschlossen in die Städte, die Mangel an Arbeitern haben, ist tatsächlich jedes wichtige Kriegs-Industrie-Zentrum im Lande. Nur 29 Städte weisen normale Verhältnisse auf, während von fünf, welche einen Ueberschuß berichten, nur drei von irgend welcher industriellen Bedeutung sind.

In der Handwerker-Abteilung nimmt die Knappheit an Maschinenisten und Werkzeugmachern beständig zu, obgleich einige Zentren, hauptsächlich im Westen, einen Ueberschuß an Elektrikern, Automobil-Arbeitern etc. berichten. Die Städte mit Ueberschuß sind 18 an Zahl. Knappheit wird von 18 der größten Industrie-Zentren berichtet. Normale Verhältnisse bestehen in 56 Städten.

Zweidrittel der Städte gebrauchen mehr geschulte Handwerker, besonders Kupferhämmer und Schmiede für die Kriegsanlagen. Zweidrittel berichten, daß die Nachfrage gedehnt ist, während vier Städte einen Ueberschuß von geschulten Handwerkern melden.

Das Vorhandensein der Farm-Saison vermindert die Nachfrage nach Farm-Arbeitern. 52 Zentren verlangen jetzt weitere Hilfe. Von 60 anderen Lokalkätern wird gemeldet, daß die Lage zufriedenstellend ist; sie befinden sich der Hauptache nach im mittleren Westen, während ein Ueberschuß von Farm-Arbeit-Bewerbern in fünf Zentren vorhanden ist. Personen weiblichen Geschlechts, hauptsächlich für Dienst in Haushaltungen und Fabriken, werden in größerer Zahl von 26 Städten verlangt, während normale Verhältnisse von 49 Städten und ein Ueberschuß von 9 gemeldet werden.

Während einige Städte im Süden mehr Zimmerleute und andere Bau-Handwerker verlangen, ist Nichtbeschäftigung die Regel in der Bau-gewerk-Abteilung. In 28 Städten gibt es mehr Leute als Arbeitsstellen. Normale Zustände werden von 48 Städten berichtet, während eine Knappheit in 11 besteht.

**Lidnowsky und Harden**

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:  
In der Angelegenheit des Fürsten Lidnowsky und des Hauptmann von Beerfelde dürften verschiedene politische Persönlichkeiten vielleicht unangenehme Mitteilungen zu hören bekommen. Wie schon mitgeteilt, ist der verheiratete Hauptmann v. Beerfelde durch den Geheimrat Wittling in den Besitz der Lidnowskyschen Denkschrift gelangt. Der Fürst behauptet nun, Herrn Wittling eine Abschrift unter dem Siegel der Verschwiegenheit und dem Verprechen der strengsten Diskretion nur für den ausschließlichen persönlichen Gebrauch gegeben zu haben. Es wird sich deshalb fragen, hat Herr Geheimrat Wittling wissen können, daß Hauptmann v. Beerfelde ein gefährlicher Mitwisser von Dingen wäre, die über Natur und als Staatsgeheimnisse zu betrachten wären? Herr Wittling ist bekanntlich auch der

Bruder von Maximilian Harden. Dieser war bei Ausbruch des Krieges Anzeiger und ging nachher ins Lager der Sozialisten, in dem sich auch Herr v. Beerfelde befand. Es ist nun die Frage aufgeworfen worden, ob Harden durch den Fürsten Lidnowsky persönlich oder durch seinen Bruder oder durch v. Beerfelde beeinflusst worden ist.  
So stellt sich Wittling, der Präsident der National Bank, auf Lidnowskys Seite.

**Interessantes aus der Bundeshauptstadt**

(Fortsetzung von Seite 1.)

ments widmen der Frage der Be-hausung der arbeitenden Klassen, besonders der noch vielen Tausenden zählenden Angehörigen der Bundes-regierung noch immer besondere Aufmerksamkeit. Das größte Problem ist das des Landbesitzes, um den Preis der Baustellen innerhalb der Kauf-fähigkeit der arbeitenden Klassen zu halten. Viele große Arbeitgeber haben schon lange ihre Fabriken von den Zentren der Bevölkerung in die großen Städte nach den ländlichen Distrikten verlegt, aber der Grundbesitzbesitzer folgt ihnen überall und schraubt die Landpreise in die Höhe. Dennoch lohnt sich die Anlage von Fabriken in besonderen Arbeitervierteln in der Nähe der großen Städte, denn abgesehen von der billigeren Beheizung der Arbeiter bedeutet sie niedere Steuern, niedere Mieten und Verhinderung der Ueberfüllung. Sie sorgt auch für eventuelle Erweiterung der Anlagen. In der Nähe der großen Schiffbauhöfe und besonders in der Bundeshauptstadt giebt die Bundesregierung jetzt große Summen für die Beheizung der Ange-stellten und der Arbeiter aus und wo sie Häuser auf ihrem eigenen Lande baut, wie das in Washington der Fall ist, wird sich diese Einrich-tung eventuell lohnen.

Selbstverständlich behaupten beide politische Parteien, die hier Haupt-quartiere unterhalten, daß sie in der bevorstehenden Kongresswahl an-gehen werden. Die Demokraten mö-gen ihre Meinungsverschiedenheiten haben, aber sie leiden wenigstens nicht durch einen Vorstehenden ihre Kongressionalen Komitees, der von seinen eigenen Wählern in den Pri-märwahlen repudiert wurde und de-mun der zu großen Freundschaften für die Landesfeinde beschuldigt wird. Die Abgeordneten Meeker von St. Louis und Gray von New York haben schon seit geraumer Zeit gegen den Abgeordneten Frank P. Woods, den Vorsitzenden des re-publikanischen Kongressionalen Wahl-komitees, agitiert und versucht ihn aus seiner Stellung zu drängen. Daraufhin antwortete Herr Woods in sehr unvorsichtiger Weise, die ge-nannten Herren würden in ihren Be-strebungen, ihn los zu werden, von den Nütz- und Werten des Landes unterhüt. Die Antwort auf diese Beschuldigung ließ nicht lange auf sich warten und nun ist Herr Woods der Parteinahmer für die Deutschen beschuldigt worden. Selbstverständlich kann sich ein Mann unter solchen Umständen nicht halten und es erlaute aus sicherer Quelle, daß Woods innerhalb von drei Wochen freiwillig zurücktreten wird. Die Frage seines Nachfolgers wird schon jetzt eifrig in kongressio-nellen Kreisen besprochen, da die Stelle eine große Verantwortlichkeit und großen Einfluß in der Partei mit sich bringt. Drei Kandidaten sol-len im Felde sein—McKinley und Madden von Illinois und Kahn von California. Die republikanische „alte Garde“ neigt sich wohl einem der beiden ergrauten zu, aber die fortschrittlichen jüngeren Elemente sind sehr zu Gunsten des wohl deutsch-geborenen, aber gut ameri-kanisch gesinnten Julius Kahn, der kraft seiner Stellung als erster Vize-Präsident des Komitees auch zu der Nachfolge im Amte des Vor-sitzenden berechtigt ist. Was Herrn Kahn im jüngeren Element so popu-lär macht, ist seine Tätigkeit am Kom-itee für militärische Angelegenhei-ten. Nur seinen Anstrengungen ist es zu verdanken, daß überhaupt et-was aus dem Aushebungsgesetze wurde und wir das alte System von Freiwilligen fallen ließen. Man mag Herrn Kahn den Vorwurf seiner deutlichen Geburt machen, aber man kann nicht verleugnen, daß er sehr energisch alle Kriegsmassregeln der Administration befürwortet und unterstüzt hat, und kein Republikaner ist heute im Weißen Hause und im Kriegsdepartement besser angeschrie-ben, als der ehemalige Schauspie-ler Julius Kahn von San Fran-zisco.

Loren, die sich durch Meinigkeiten das Leben verüßern lassen: das Schicksal gibt uns so große Chancen zu lassen, daß wir hochlich nicht nötig haben, uns an kleinen Dissen die Hände stumpf zu machen.

# Die Kandidaten der demokratischen Partei Im Platte County

Nachstehende Kandidaten des Platte County bewerben sich in der am 20. August stattfindenden Primärwahl um die Nomination und Wiederwahl auf dem demokratischen Ticket:

**Herr George H. Bender**

**County-Richter John Gibbon**

**Sheriff Mark Burke**

**Jerry Carrig**

**A. J. Krzycki**

der gegenwärtige County-Clerk, hat sich in der Verwaltung seines Amtes als Mann mit großer Umsicht und Charakterstärke erwiesen. Herr Bender ist stets seinen Pflichten den Bürgern des Platte County gegenüber gerecht geworden. In seiner Eigenschaft als Mitglied der Aushebungsbehörde erwies er sich allen Forderungen gegenüber gewachsen und erledigte sich seiner Pflichten der Regierung und den Bewohnern gegenüber in gerechter und anerkannter Weise. Herr Bender verdient, für sein Amt wieder nominiert und erwählt zu werden.

verwaltete dieses hohe Amt für einen Termin und hat sich in jeder Beziehung als urteilsfähiger und gerechter Richter erwiesen. Es würde wohl schwer fallen, in diesem County einen besseren Mann für dieses Amt zu finden. Falls nominiert und wiedererwählt, wird er der Bürgerschaft des Platte County in gleicher Weise wie bisher dienstbar sein.

vom Platte County ist gleichfalls ein Kandidat für Wiederwahl. Als Mitglied der Aushebungsbehörde hat er nur seine Pflicht getan und versucht, den Anforderungen und Wünschen der Regierung und des Volkes Rechnung zu tragen. Er erwies sich als ein Mann seines Wortes, welchem die Günstlingswirtschaft in irgendeiner Weise unbekannt ist. Falls nominiert und wiedererwählt, wird er dieses Amt zweifellos abermals zur allgemeinen Zufriedenheit verwalten.

der populäre und tüchtige gegenwärtige Register of Deeds bewirbt sich gleichfalls um Wieder-nomination und Erwählung für dieses Amt. Er hat sich durch eine umfassende Kenntnis des Landes und vorzügliche Amtsverwaltung bei-zung und mit zahllose Freunde erworben, die ihn kurzweg „Jerry“ nennen. Herr Carrig sieht stets darauf, daß die Bestiztiter der Grundeigentümer ohne Fehler und zweifelhafter Klaukeln ist und errang sich dadurch unbeschränktes Vertrauen der Wählerschaft, so daß seiner Wieder-nomination und Erwählung nichts im Wege stehen sollte. Eine Stimme für Jerry Carrig ist eine Stimme für den richtigen Mann am richtigen Platz.

der County-Schatzmeister des Platte County, wurde in diesem County von polnischen Eltern geboren und verwaltete dieses Amt jetzt für einen Termin, in welcher Zeit er seine Fähigkeit und Ehrenhaftigkeit zur Genüge bewiesen hat. Wenn wieder nominiert und erwählt, wird er zweifellos das ihm übertragene Amt wie bisher zur all-gemeinen Zufriedenheit der Wählerschaft ver-walten.

Alle diese Männer benötigen bei der Wählerschaft des Platte County keiner weiteren Empfehlung und es ist besonders während der gegenwärtigen Kriegszeit ratsam, die-jelben Männer im Amte zu belassen und von Experimenten Abstand zu nehmen. Man vergesse bei der am 20. August stattfindenden Primärwahl nicht, für nachstehende Kan-didaten zu stimmen:

**Geo. H. Bender, County-Clerk.**  
**John Gibbon, County-Richter.**

**Mark Burke, Sheriff.**  
**Jerry Carrig, Register of Deeds.**

**A. J. Krzycki, County-Schatzmeister.**